

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-3703/09

von Alain Lipietz (Verts/ALE), Caroline Lucas (Verts/ALE) und Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE)  
an die Kommission

Betrifft: EU-Maßnahmen gegen Steueroasen

In seiner Entschließung vom 24. April 2009 zum G20-Gipfeltreffen (P6\_TA(2009)0330), nahm das Europäische Parlament folgende Ziffer an:

*20. (Es begrüßt und unterstützt in jeder Hinsicht den an die EU- und LAK-Staaten gerichteten Aufruf der Parlamentarischen Versammlung EUROLAT vom 8. April 2009, sämtliche Steueroasen auf ihrem Hoheitsgebiet sofort zu beseitigen und auf internationaler Ebene an der Beseitigung aller noch bestehenden Steueroasen mitzuwirken sowie Unternehmen und Personen, die deren Dienste in Anspruch nehmen, mit Sanktionen zu belegen;*

Wie viele und welche LAK- und EU-Staaten haben bereits alle Steueroasen auf ihrem Hoheitsgebiet abgeschafft? In welchen Ländern wurden derartige Initiativen auf den Weg gebracht? Welche Länder widersetzen sich der Abschaffung von Steuerparadiesen? Was für Sanktionen schlägt die Kommission gegen Unternehmen und Einzelpersonen vor? Kann die Kommission eine vollständige Liste ihrer Vorschläge für solche Sanktionen vorlegen?

Da es dringend geboten ist, im Rahmen unserer Abkommen mit Drittstaaten eine Gesamtüberprüfung der Finanzdienstleistungen vorzunehmen, um klare Regeln zu schaffen und sämtliche Schlupflöcher zu schließen, wäre es nur logisch, alle geltenden Bestimmungen, die eine stärkere Liberalisierung vorsehen, befristet außer Kraft zu setzen und dieses Kapitel aus allen laufenden Verhandlungen über Abkommen herauszunehmen. Hat die Kommission diesen Schritt bereits ergriffen? Hat sie vor, dies zu tun?